

1 **Ar-11**

2 **Antragsteller: UB Steinfurt**

3

4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

5

6 **Equal Pay für Leiharbeitnehmer ab Tag 1**

7

8 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, im
9 Gesetzeswege darauf hinzuwirken, dass Leiharbeit-
10 nehmerInnen in Unternehmen ab dem 1. Tag vergütet
11 werden, als seien sie fest angestellte MitarbeiterInnen
12 des Unternehmens.

13

14 **Begründung**

15 Die SPD hat sich das Prinzip „Equal Pay“ als Kernziel
16 gesetzt. Hierzu gehört nach unserer Überzeugung
17 aber nicht nur die selbstverständliche Forderung einer
18 gleichen Bezahlung von MitarbeiterInnen bei gleicher
19 Tätigkeit, sondern hierzu gehört auch eine gleiche Ver-
20 gütung von ArbeitnehmerInnen bei Ausübung gleicher
21 Tätigkeit in einem Unternehmen insgesamt, unabhän-
22 gig davon, ob sie durch das jeweilige Unternehmen
23 direkt oder aber durch eine Leih- oder Zeitarbeitsfirma
24 angestellt sind.

25

26 Der „Entleiher“ – auch wenn diese Formulierung im
27 Hinblick auf Menschen schwierig ist – hat insofern be-
28 reits den „Vorteil“, dass die arbeitsvertraglichen und
29 arbeitsgesetzlichen Rahmenrechte der entsprechenden
30 ArbeitnehmerInnen nicht von ihm zu erfüllen sind und
31 ihm dies im Grundsatz eine größere Flexibilität gibt. Der
32 „Verleiher“ muss insoweit „lediglich“ eine höhere Zah-
33 lung gegenüber dem Entleiher geltend machen. Für die
34 arbeitstätigen Menschen wäre dies aber ein Weg, um
35 als Nicht-Stammebelegschaft keine ArbeitnehmerInnen
36 2. Klasse zu sein. Sie verrichten die gleiche Tätigkeit und
37 weisen zumeist auf Grund wechselnder Tätigkeiten eine
38 deutlich höhere Flexibilität und damit auch Erfahrung
39 auf. Dies führt in Frankreich auch dazu, dass zu Guns-
40 ten von Leih- oder ZeitarbeiterInnen eine zusätzli-
41 che Vergütung von 10 % des Lohnes einer fest angestell-
42 ten ArbeitnehmerIn zu bezahlen sind. Vor diesem Hin-
43 tergrund wäre ein „Equal Pay“ in Deutschland mehr als
44 notwendig und dem Rahmen angemessen.

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme und Überweisung an SPD-
Bundestagsfraktion